

Stefan Philipp

## Was Satire erreichen kann

Zum Streit um das Plakat »Schritt zur Abrüstung«

Man stelle sich vor: In Afghanistan gerät eine Bundeswehrpatrouille in der Nähe von Feyzabad in einen Taliban-Hinterhalt. Bei dem Feuergefecht werden 12 Soldaten getötet. Die Stimmung in der deutschen Bevölkerung gegen den Afghanistan-Einsatz droht kurz vor der geplanten Mandatsverlängerung des Bundestages vollends zu kippen. Militärminister Jung ordnet deshalb eine groß angelegte militärische Trauerfeier an. Die 12 mit der Bundesflagge geschmückten Särge werden von angetretener Truppe feierlich aufgebahrt, das halbe Bundeskabinett ist angereist, die Kanzlerin hält eine Rede. Sie bringt darin ihre tiefe Betroffenheit zum Ausdruck, weist aber darauf hin, dass die Soldaten im Kampf für die Freiheit gefallen seien und dass gerade dieser Vorfall zeige, wie notwendig das weitere Engagement Deutschlands im Kampf gegen den Terrorismus sei. Gruppen der Friedensbewegung demonstrieren vor dem Ort der Trauerfeier und zeigen Transparente mit Aufschriften wie »Truppen raus aus Afghanistan« und »Schritte zur Abrüstung«. Die »Heute«-Sendung bringt einen ausführlichen Filmbericht über die Trauerfeier.

Diesen spielt der Kabarettist Urban Priol in der ZDF-Sendung »Neues aus der Anstalt« zu Beginn eines Beitrages, der sich satirisch mit der Kriegspropaganda der Regierung beschäftigt, tonlos im Hintergrund ein. Als die Kamera des »Heute«-Berichts über die Transparente der Demonstranten schwenkt, stoppt der Film, und Priol sagt: »... 12 tote Bundeswehrsoldaten ... na ja, ein erster Schritt zur Abrüstung und zum Truppenabzug ist das ja schon ...«

Am nächsten Tag schlagen die Wellen der Empörung hoch. »Skandal«, »unmenschlicher Zynismus«, »Schlag ins Gesicht unserer Soldaten« etc. lauten die Schlagworte von Regierungsvertretern, Sprechern aller Bundestagsfraktionen, Wehrbeauftragtem. Der Bundeswehrverband stellt Strafanzeige gegen Priol wegen Beleidigung, der ZDF-Fernsehrat wird zu einer Sondersitzung einberufen, eine Absetzung der Kabarett-Sendung wird gefordert, die Zeitungsspalten der nächsten Tage sind gefüllt mit weiteren verurteilenden Äußerungen wichtiger gesellschaftlicher Gruppen und Interessenverbände.

Nach einigen Tagen erscheint in der »Süddeutschen Zeitung« ein Kommentar von Heribert Prantl, in dem er bestürzt nach dem Zustand der Gesellschaft fragt, die einerseits einen von der Bevölkerungsmehrheit abgelehnten Krieg in Afgha-

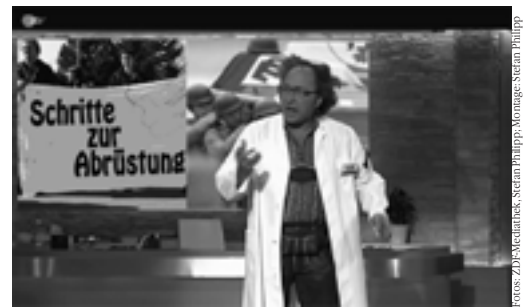
nistan führt, und es andererseits nicht erträgt, dass dieser Krieg satirisch »auf's Korn« genommen wird, sondern nach Staatsanwalt und Verboten ruft. Prantl: »Man kann die Bemerkung von Priol für falsch, geschmacklos und unanständig halten. Eines ist sie aber sicher: eine Meinungsäußerung. Und ob es denen passt, die meinen, ›die Freiheit

Deutschlands‹ werde ›auch am Hindukusch verteidigt‹ (im Übrigen selbst schon fast eine, wenn auch unbeabsichtigte, satirische Äußerung), oder nicht: Unse-

re Verfassung schützt und garantiert die freie Meinungsäußerung. Aus gutem Grund, und eben gerade auch die, die herrschende Politik kritisiert. Vor fast 90 Jahren schrieb ein bekannter Publizist den Deutschen ins Stammbuch: ›Die Satire muss übertreiben und ist ihrem tiefsten Wesen nach ungerecht. Sie bläst die Wahrheit auf, damit sie deutlicher wird, und sie kann gar nicht anders arbeiten als nach dem Bibelwort: Es leiden die Gerechten mit den Ungerechten.‹ Der Publizist war Kurt Tucholsky und seine Antwort auf die Frage ›Was darf die Satire?‹ war: Alles.«

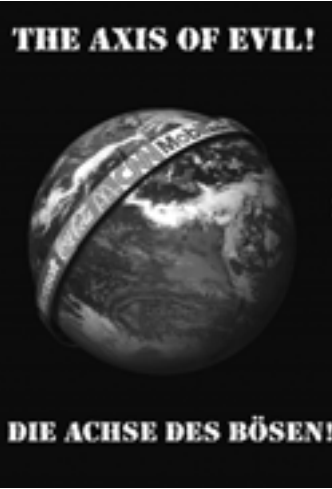
In der Folge melden sich Vertreter der Friedensbewegung, Intellektuelle, Künstler, Juristen, Gewerkschafter und andere öffentlich zu Wort. Der Tenor dabei: Skandalös sei nicht die satirische Bemerkung von Urban Priol, sondern der (G)eifer seiner Gegner, die Forderung nach Absetzung der Sendung und insbesondere eine Politik, die meint, Frieden und Demokratie mit Panzern und Soldaten in ein anderes Land tragen zu können, dabei das Leben fremder und eigener Staatsbürger opfert und auch noch der Meinung ist, damit Terrorismus zu bekämpfen.

Die Staatsanwaltschaft lehnt bei der Anzeige des Bundeswehrverbandes die Eröffnung eines Ermittlungsverfahrens ab, weil sie keinen Anfangsverdacht für eine Beleidigung sieht. Die ZDF-Sendung »Neues aus der Anstalt« bleibt im Programm und erzielt höhere Einschaltquoten als zuvor. Die Bundesregierung hält am Afghanistaneinsatz fest, der Bundestag beschließt die Mandatsverlängerung, die Ablehnungsquote in der Bevölkerung steigt nach allen Meinungsumfragen auf konstant über 80 Prozent.



25

Antimilitarismus



«Ich gebe Ihnen neun gute Gründe, die SPD zu wählen. Der zehnte heißt Krieg.»

Was wir versprechen, können wir auch halten

1. Mehr Arbeitsplätze durch innovative Weiterentwicklung und Förderung bestehender Schlüsseltechnologien wie z.B. Nanotechnologie, Luftfahrttechnologie, Luftverkehrsmodernisierung und Schienenfahrzeuherstellung für Europa und Welt.
2. Ein Solvenzprogramm: 500.000 neuwennende und abwechslungsreiche Arbeitsplätze bei Spitzenunternehmen und Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit durch die NFD-Job-Offensive '04.
3. Aufbau des west- und ostdeutschen Bau- und Erneuerungsbauwesens durch den wirtschaftlichen Boom. Über 100.000 neue Arbeitsplätze werden geschaffen. Bau- und Chemieunternehmen im Ostdeutschland den ersten Spatenstich zum Bau neuer wichtiger Standorte auf dem Balkan.
4. Markante Deutschland als Arzenei- und biotechnologische Nation auf die Bundeswehr endlich wieder als technologischen Innovationsmotor deutscher Ingenieure vor den Augen der Weltöffentlichkeit positionieren.
5. Bekämpfung der Kriminalität: Knopfklüftung aus dem Kassen werden aus Gründen der inneren Sicherheit vollständig wieder abgeschafft. Zu jeder Sicherheit wird ein technischer Weiterbau für die Grenz- und Fern-Verkehr.
6. Neuer Aufbruch für die Feuerwehre durch die Abkündigung der Pläne von der Flucht- und personellen Überforderung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.
7. Mehr Steuererleichterungen: Senkung der Unternehmenssteuer für die durch den NFD-Einsatz sich in die Industrie investierenden gemeinsamen Unternehmen.
8. Bessere Gesundheit: Durch ein Konzept wird abgeleitet die Zahl der Krankheitsfälle durch die Unfallversicherung durch mehr Investitionen in den Bereich der Unfallversicherung zu reduzieren. Die Unfallversicherung wird weiter ausgebaut und modernisiert. Unfallversicherung wird weiter ausgebaut.
9. Mehr soziale Gerechtigkeit: Auf der Seite sind alle Menschen gleich.

SPD



Verlassen wir die Fiktion (zur Klarstellung: alles erfunden!) und kommen zur Realität:

Im Zusammenhang mit den Aktionen gegen das öffentliche Gelöbnis der Bundeswehr am 20. Juli 2003 in Berlin hatte das »Büro für antimilitaristische Maßnahmen« (BamM) das unten abgebildete Plakat veröffentlicht. BamM ist eine lose Gruppierung im Umfeld des DFG-VK-Landesverbandes Berlin-Brandenburg. Gegründet im Verlauf des Krieges gegen Jugoslawien haben sich darin radikale AntimilitaristInnen zusammengefunden, um dabei mitzuhelfen, »den BundeswehrosoldatInnen auf ihrem Marsch zu den Kriegsschauplätzen Knüppel zwischen die Beine zu werfen«, wie es in der Selbstdarstellung im Internet heißt ([www.bamm.de](http://www.bamm.de)). Da die BamM-Leute, wie sie selbst konstatieren, keinen Einfluss innerhalb des Militärs haben, setzen sie auf die »Schwächung der Heimatfront« und bedienen sich dabei z.B. der Proteste gegen Gelöbnisse oder der »kritischen, manchmal satirischen Begleitung von Bundeswehrveranstaltungen«. Es geht ihnen um »Vaterlandsverrat« und »Wehrkraftzersetzung«. Ein Grund, warum sie – die meisten davon DFG-VK-Mitglied – ihr Engagement neben und außerhalb der DFG-VK betreiben, besteht darin, dass sie strafrechtlich verfolgbare Handlungen wie »Besetzungen beispielsweise des Kreiswehrersatzamts« als angemessene antimilitaristische Aktionsformen betrachten, die die DFG-VK in Schwierigkeiten bringen könnten. Gemeinsam betrieben wurde allerdings der Internet-Auftritt.

Das »Schritt zur Abrüstung«-Plakat war also seit fünf Jahren bekannt, teilweise in der Öffentlichkeit, weil es in Berlin plakatiert wurde, aber auch in-

nerhalb der DFG-VK, da es den Gruppen von BamM als Material angeboten wurde und auf der gemeinsamen Homepage von BamM und Berliner DFG-VK abgebildet war. Die Resonanz war überwiegend kritisch, so erklärte z.B. die DFG-VK-Gruppe Mainz jetzt, dass sie das Plakat nie verwendet habe, »da es uns damals schon zu zynisch erschien, und wir die Satire für misslungen halten.« Eine ernsthafte Auseinandersetzung beispielsweise bei DFG-VK-Bundeskongressen gab es aber nicht, was auch mit dem inneren Gefüge der DFG-VK zu tun hat. Nach deren Satzung regeln die Gliederungen, also Orts-, Regional- und Landesverbände, »ihre Arbeitsweisen sowie ihre Aufgabenstellungen und Arbeitsschwerpunkte selbstständig.« Insofern hätte kein DFG-VK-Bundeskongress, selbst wenn es gewollt hätte, dieses Plakat verbieten können, zumal es sich ja außerdem nicht um ein DFG-VK-Plakat, sondern um eines von BamM handelt.

Nach jahrelangem Schattendasein berichten am 1. September, Antikriegstag und Datum der Trauerfeier für den in der Woche zuvor bei einem Anschlag in Afghanistan getöteten Bundeswehrosoldaten, die rechtsextreme »Junge Freiheit« und Springers »Welt«, nachdem unmittelbar zuvor in einem rechtsextremen Internetforum auf das Plakat hingewiesen worden war. Die größte Sorge der »Welt«: »Möglicherweise noch stärker als die Anschläge auf die Bundeswehr dürfte ein tödlicher Zwischenfall vom vergangenen Donnerstag die Stimmung gegen den Bundeswehr-Einsatz steigern.« Dabei waren eine Frau und zwei Kinder von deutschen Soldaten erschossen worden. Gleichzeitig kam die Mobilisierung der Friedensbewegung für die beiden Demonstrationen »Dem Frieden eine Chance – Truppen raus aus Afghanistan« am 20. September in Berlin und Stuttgart in ihre heiße Phase. Da passte es für die »Welt« gut, das Antikriegsengagement der Friedensbewegung zu diskreditieren versuchen, indem sie der DFG-VK als größter deutscher Friedensorganisation und Mitorganisatorin der beiden Demonstrationen unter Verweis auf das angestaubte Berliner Plakat Scheinheiligkeit vorwarf. Autor des »Welt«-Berichts ist übrigens ein Ansgar Graw, früher Bundesvorsitzender der als rechtsextrem und verfassungswidrig eingestuft »Jungen Landsmannschaft Ostpreußen« und Redakteur des rechtsextremen »Ostpreußenblatt«.





Nun gab es kein Halten mehr. Vorbereitet durch die »Welt«-Veröffentlichung konnte die große Springer-Schwester »Bild« am 4. September titeln: »Widerliches Plakat feiert Tod eines Bundeswehrsoldaten«. Mit einem Rundumschlag wird mittels des Plakataufhängers die Verbindung von DFG-VK und Gysi/Lafontaine/LINKE hergestellt, da sie gemeinsam zu den Demonstrationen am 20. September aufrufen. Und weil man schon dabei ist, wird die aus »Bild«-Sicht drohende rot-rot-grüne Regierung in Hessen mit ins »Skandal-Boot« geholt, weil der dortige LINKE-Fraktionschef van Ooyen vor Jahrzehnten in der DFG-VK aktiv war. Noch-Ministerpräsident Koch darf erklären, das Plakat zeige »ein Ausmaß an Unmenschlichkeit, ja Menschenverachtung, wie ich es nicht für möglich gehalten hätte«. Deshalb müsste die Verbindung von DFG-VK und LINKE »alle Sozialdemokraten und Bündnisgrüne davor abschrecken, mit ihr zusammenzuarbeiten«. (Mittlerweile hat die CDU einen Entschließungsantrag in den hessischen Landtag »betreffend keine Verhöhnung von gefallenen Soldaten« eingebracht, in dem »die unerträgliche Verhöhnung von Bundeswehrsoldaten« durch das Plakat verurteilt und »allen Landtagsabgeordneten, die Mitglieder der DFG-VK sind« die Beendigung ihrer Mitgliedschaft empfohlen wird.)

Und endlich erfährt man in der »Welt« auch die Empörung des Friedensministers Jung, der auf Truppenbesuch in Masar-e Sharif »Bild« erklärt: »Es ist ein Schlag ins Gesicht unserer Soldaten, die ihr Leben für die Freiheit in Deutschland einsetzen.«

Wehrbeauftragter Robbe, bis zu seiner Wahl SPD-Bundestagsabgeordneter und Vorsitzender des Verteidigungsausschusses wird deutlicher: Ihn erinnere das Plakat an die Parole mit dem Tucholsky-Zitat »Soldaten sind Mörder« und dass nun erneut »unter dem Deckmatel der Satire« indirekt gesagt werde »Jeder tote Soldat ist ein guter Soldat«. Er halte das für einen »Fall für den Verfassungsschutz«, für noch wichtiger aber »eine breite Ablehnungsfront« in der Gesellschaft. Man erinnert sich: Ziel der damals auch mit Strafanzeigen geführten Kampagne gegen PazifistInnen, die Tucholsky zitierten, war, Soldaten und ihr Tun von Kritik freizuhalten und die KritikerInnen zu Verfassungsfeinden zu stempeln. Was damals nicht klappte, probieren Robbe und Konsorten nun wieder.

Bundesweit greift die Presse in den folgenden Tagen die Geschichte auf, meist mit negativer Tendenz.

Kein Halten gibt es auch rechtsaußen: Berliner DFG-VK-Aktive erhalten Morddrohungen von Neonazis. Auch andere DFG-VK-Gruppen bekommen den Hass zu spüren, in einem eMail an die Münchner heißt es: »So Gesindel wie Ihr gehört ohne Gnade an die Wand gestellt und hingerichtet.«

Haltlos wird es teilweise aber auch innerhalb der DFG-VK: Die Gruppe Dortmund fordert den BundessprecherInnenkreis einstimmig auf, zwei Berliner DFG-VK-ler, die für das Plakat verantwortlich sein sollen, »wegen grobem vereinschädigendem Verhalten aus der DFG-VK auszuschließen.«

Auch der DFG-VK-BundessprecherInnenkreis hat sich mittlerweile geäußert. In einer Presseerklärung vom 4. September wird aber nicht zunächst Solidarität mit den von neonazistischen Mordaufrufen bedrohten Berliner DFG-VK-Mitgliedern geübt. Die Überschrift der Erklärung lautet vielmehr »Der Zynismus des Plakates ist für uns schwer erträglich. Unser humanistisches Weltbild verbietet uns die Genugtuung über den Tod eines jeden Menschen – auch in Form einer satirischen Darstellung.« Immerhin taucht in der Erklärung der Satz auf »Allerdings stellt das Plakat kein Verbrechen dar, sondern der Krieg, in dem der Tod von Soldaten und unschuldigen Zivilisten bewusst in Kauf genommen wird.« Dass es Morddrohungen gegen Mitglieder der eigenen Organisation gibt, wird nicht einmal erwähnt, es heißt lediglich: »In mehreren Internetforen nehmen Nazis und Kriegsbefürworter das jetzt entdeckte Plakat zum Anlass, um ihren Hasstiraden gegen Antimilitaristen freien Lauf zu lassen. Der Bundessprecherkreis der DFG-VK verurteilt diese Form der Auseinandersetzung entschieden.« Die Erklärung scheint der Logik zu folgen: »Bild« und »Welt« haben schlecht über uns berichtet, der Friedensminister mag uns nicht, das Plakat finden wir sowieso katastrophal, also geben wir mal eine Erklärung ab, die die meisten als Distanzierung verstehen werden. Weil wir aber auch Mitglieder haben, die das Plakat nicht verurteilen würden, es vielleicht sogar ein gutes pazifistisches Mittel finden, formulieren wir unsere Erklärung so, dass sie der radikale Flügel mit viel gutem Willen als Nicht-Distanzierung interpretieren kann.



Nach diesem Blick in eine fiktive und in die reale Welt bleiben eine Reihe von Fragen offen:

### ■ Satire oder nicht?

Natürlich ist das Plakat eine satirische Darstellung, allerdings eine verunglückte, zumal wenn man die Textpassage »Wir begrüßen diese konkrete Maßnahme, den Umfang der Bundeswehr nach und nach zu reduzieren« mit berücksichtigt. Die DFG-VK-Gruppe Mainz hat es auf den Punkt gebracht: »Hätte man geschrieben: »Abrüstung ja, aber doch nicht so! Kriegsdienstverweigerung statt Soldatentod!«, hätte das Plakat immer noch eine bissige satirische Pointe gehabt, und unser Anliegen hätte nicht missverstanden werden können.«

Die auf diesen Heftseiten abgebildeten satirischen Darstellungen zeigen: Es gibt gute und schlechte. Und solche mit problematischer Aussage. So ist beispielsweise der »Fuck the Army«-Aufkleber umstritten; manche DFG-VK-Aktive verkaufen ihn am Infostand, anderen halten ihn für sexistisch und meinen, er müsse verboten werden, dürfe jedenfalls kein Material der DFG-VK sein.

Die satirische Verbindung von toten Soldaten und Abrüstung muss in der DFG-VK natürlich erlaubt sein – Krieg ist nicht abstrakt, sondern konkret. Vielleicht sollte man aber auch in diesem Zusammenhang an Kurt Tucholsky denken, der 1925 in der »Das Andere Deutschland« unter dem Pseudonym Ignaz Wrobel schrieb: »Wer im Krieg getötet wurde, ist nicht zu feiern, sondern aufs tiefste zu bedauern, weil er für einen Dreck gefallen ist.« Also: keine Heldenverehrung, keine Gedenkstätten, keine Orden ... und keine Militär-Propaganda-Trauerfeier (»Helm ab zum Gebet!«) ohne den Protest der DFG-VK. Deren Ziel – so im Grundsatzprogramm von 1993 formuliert – ist, »dass militärische Gewalt und Soldatentum geächtet« werden.

Schließlich: Wer meint, getötete Soldaten seien real ein Schritt zu Abrüstung, der gibt sich einer gefährlichen Illusion hin. Genauso wie die Hoffnung und Perspektive der DFG-VK in den 1980er Jahren falsch war, dass eine hohe Zahl an Kriegsdienstverweigerern die Bundeswehr mangels Masse verkleinern würde. Der Satz »Stell' dir vor, es ist Krieg, und keiner geht hin« ist eine schöne Vision, aber als realistische Perspektive auch ganz schön naiv. Die gesetzliche Kriegsdienstpflicht (wie in Deutschland) oder die ökonomische (wie in den USA) machen einen Strich durch diese Rechnung. Kriegsdienstverweigerung ist ein klares Signal und kann die »Heimatfront« schwächen und die »Wehrkraft« zersetzen und ist insofern im größeren Zusammen-

hang mit anderen pazifistisch-antimilitaristischen Mitteln wie z.B. der Unterstützung von Deserteur:innen, der Sabotage von Rüstungsmitteln und der Beeinflussung der öffentlichen Meinung geeignet, zur Kriegsverhinderung, -beendigung und -ächtung beizutragen.

Den Berliner DFG-VK-Lern und BamM-Aktivist:innen wäre also zu raten, das Plakat zu Dokumentationszwecken ins Archiv zu legen, aber nicht weiter öffentlich anzubieten. Nicht deshalb, weil sich Jung, Koch, Robbe und andere Kriegstreiber darüber aufregen. Das war nicht anders zu erwarten, und hätte es das Plakat nicht gegeben, hätten sie im Vorfeld der Demonstrationen des 20. September, der geplanten Mandatsverlängerung durch den Bundestag und angesichts der Tatsache, dass eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung die deutsche Kriegsbeteiligung in Afghanistan ablehnt, etwas anderes gefunden oder konstruiert. Ins Archiv deswegen, weil DFG-VK und Friedensbewegung bessere Methoden der Öffentlichkeitsarbeit haben.

### ■ Welchen Stellenwert hat die Meinungsfreiheit in der Friedensbewegung und in der DFG-VK?

Die Friedensbewegung ist, wie das schon der Name besagt, eine Bewegung unterschiedlicher Menschen und Gruppierungen ohne feste Mitglieder, Struktur, Programm und gemeinsam beschlossenen Zielen, auch wenn es in ihr Bündnisse – wiederum aus verschiedenen Gruppen – gibt, die teilweise langjährig zusammenarbeiten. Insofern zeigt sich »die Friedensbewegung« als überörtlich agierender und wahrnehmbarer Akteur, wenn es den unterschiedlichen Gruppierungen und Einzelpersonen gelingt, Absprachen über gemeinsame Ziele und Aktionsformen zu treffen.

In den 1980er Jahren war dies der Fall in der Frage der Ablehnung und angestrebten Verhinderung der Stationierung US-amerikanischer Atomraketen in Deutschland. Die Aktionsformen waren in dieser Zeit Massendemonstrationen (1981 und 1982 in Bonn) und Formen, in denen solche Demonstrationen mit Elementen des Zivilen Ungehorsams verbunden wurden (als größte derartige Aktion am 22. Oktober 1983 die Menschenkette von Neu-Ulm nach Stuttgart mit Kundgebungen an beiden Orten und einer gewaltfreien Blockade einer US-Kaserne in Neu-Ulm).

In den Aufrufen zu solchen gemeinsamen Aktionen werden regelmäßig Ziel, Aktionsform und Selbstverständnis der aufrufenden Organisationen und Einzelpersonen beschrieben. Wenn man sich



solche Aktionen, seien es Demonstrationen, Kampagnen, Blockaden etc., über die letzten Jahrzehnte anschaut, dann ist die Trennlinie dafür, wer zur Friedensbewegung zu rechnen ist, einerseits wohl der Ausschluss menschenverletzender Gewalt und andererseits die Ablehnung von Kriegen, die die USA führen, und solchen, an denen sich Deutschland beteiligt. Alles andere ist unter denen, die sich über diese beiden Punkte verständigen konnten und können, mehr oder weniger strittig. Ob der US-Imperialismus der Hauptfeind ist oder ein deutsches Großmachtstreben, ob so genannte Befreiungskriege gebilligt oder gefördert (Stichwort »Waffen für El Salvador«) werden, ob gewaltfreie Aktionen abzulehnende Sabotage oder legitime Protestform sind, ob Militär generell abgelehnt wird oder nur atomare Drohung und Bewaffnung, um nur einige Punkte zu nennen – all dies war in den vergangenen 40 Jahren umstritten.

In den letzten Jahren, in denen Krieg auch in Folge der weggefallenen Ost-West-Blockkonfrontation für die westlichen (und im Wesentlichen Nato-Mitglieds-)Staaten wieder zum normalen politischen Mittel geworden ist, haben sich die unterschiedlichen Teile der Friedensbewegung um die Ablehnung dieser Kriege konzentriert. Aktuellstes Beispiel sind die beiden Demonstrationen »Dem Frieden eine Chance – Truppen raus aus Afghanistan« am 20. September in Berlin und Stuttgart, zu der Dutzende von Gruppen und Hunderte von Einzelpersonen aufgerufen haben.

Für eine solche (Nicht-)Struktur ist es erforderlich, Konsense zu finden – in der Regel auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner, was Zielstellung/Hauptforderung und Aktionsform anbetrifft. Alles andere, worin sich die Beteiligten unterscheiden, wird ausgeklammert. Für die Zusammenarbeit »der Friedensbewegung« sind daher Meinungsfreiheit und ein hohes Maß an Toleranz erforderlich – und konstitutiv. (Gegenseitige) Distanzierungen sind deshalb auch nicht notwendig – wer einen von anderen gefundenen Konsens nicht teilt, macht eben bei der Aktion nicht mit.

Insofern ist es erstaunlich, dass der Bundesausschuss Friedensratschlag der Ansicht war, sich öffentlich zu dem umstrittenen Plakat äußern zu müssen und es per Pressemitteilung als »zynisch, dumm und schädlich« bezeichnet hat. Dass in der Erklärung darüber hinaus fälschlich behauptet wurde, das Plakat sei »von der DFG-VK-Gruppe Berlin-Brandenburg« herausgegeben worden, macht die Sache umso kritikwürdiger. Erklärlich wird das vielleicht dadurch, dass sich der Bundesausschuss Friedensratschlag gelegentlich – irrtümlich oder

»größenwahnsinnig« – für die Friedensbewegung insgesamt hält, so z.B. mit der über seinen eMail-Verteiler verbreiteten Erklärung »Friedensbewegung widerspricht Bundesregierung« vom 10. September, in der sich Rainer Braun und Peter Strutyński als »die Sprecher der Friedensbewegung« ausgeben.

Für die DFG-VK gilt bezüglich der Heterogenität ihrer Mitgliedschaft ähnliches wie das für »die Friedensbewegung« beschriebene. Der entscheidende Unterschied ist, dass sie eine Organisation mit fester Mitgliedschaft, klar festgelegten Strukturen und einem Programm ist. Mitglied der DFG-VK ist, wer seinen Beitritt zu ihr erklärt und sich zu dieser Grundsatzerklärung verpflichtet: »Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Ich bin daher entschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen und an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuarbeiten.«

Da es derer viele gibt und da sich in der DFG-VK, wie es ihr Grundsatzprogramm sagt, »Menschen unterschiedlicher Weltanschauungen und politischer Auffassungen zusammengeschlossen« haben, muss auch hier eine Vielfalt an Ansichten, Forderungen und Aktionsformen möglich sein und ausgehalten werden. Die Grenze dessen, was innerhalb der DFG-VK tolerabel ist, kann nur ihr Grundsatzprogramm sein. Dieses beschreibt als gemeinsames »Ziel, dass militärische Gewalt und Soldatentum geächtet und aus den internationalen Beziehungen verbannt werden«, weil Konflikte »dauerhaft nur gewaltfrei gelöst werden« können. Dabei verlangt »der Pazifismus der DFG-VK dauerhaftes politisches Handeln mit dem Ziel, Bedingungen für eine Welt ohne Krieg und Unterdrückung zu schaffen«, was »die öffentlichkeitswirksame Propagierung von Abrüstung mit dem Ziel der völligen Entmilitarisierung, die Förderung von antimilitaristischem Bewusstsein mit dem Ziel der völligen Ächtung des Soldatentums« sowie »die öffentliche Diskussion über die Aufgabe von Soldaten: Das Töten im Krieg« bedeutet.

Das sind die Kriterien, nach denen die DFG-VK das Plakat diskutieren kann und beurteilen sollte, ob sie mit BamM zusammenarbeiten will. Ihrem Grundsatzprogramm scheint das Plakat jedenfalls nicht zu widersprechen. Ob die verunglückte Satire dumm und geschmacklos ist, bleibt eine Frage der Bewertung – im Rahmen derselben Meinungsfreiheit. Dummheit und Geschmacklosigkeit verbietet diese jedenfalls nicht.

*Stefan Philipp ist Forum Pazifismus-Redakteur und aktiv in der DFG-VK.*

